Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 6,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditionen und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: { Schriftleitung: Amt Lützow 3394 / Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248

Postscheckkonto: Berlin 25139.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Preise von 50 ₰. für die sechsgespaltene Maßzeile und von 2.— Mark für die viergespaltene Maßzeile entgegen. Zuschriften für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 262. [56. Jahrgang.] Sonnabend den 22. September 1917. Erste Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 262.

Berlin, den 21. September.

Der Krieg.

Zur Kriegslage.

Großes Hauptquartier, 21. September 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die unter Führung des Generals der Infanterie Sixt von Armin kämpfenden Truppen der 4. Armee haben den ersten Tag der dritten Schlacht in Flandern erfolgreich bestanden.

Deutete bereits die Feuerwirkung der letzten Tage auf eine große Kraftanspannung der Engländer hin, so bildete doch der Einsatz und die Zusammenfassung der am 20. September vom Feinde verwendeten Kampfmittel auf einer Front von rund 12 Kilometern ein Höchstmaß.

Hinter der gewaltigen Welle stürstlen Trommelfeuers aus Geschützen und Minenwerfern aller Kaliber traten morgens in engen Angriffsstreifen zwischen Langemarck und Hollebeke mindestens 9 britische Divisionen, dabei mehrere australische, vielfach durch Panzerkraftwagen und Flammenwerfer unterstützt, zum Sturm an.

Der Angriff führte den Feind nach hin- und herwogendem Kampf bis zu 1 Kilometer tief in unsere Abwehrzone hinein; auf Paschendaele und Cheluvelt zu drang der Gegner zeitweise weiter vor.

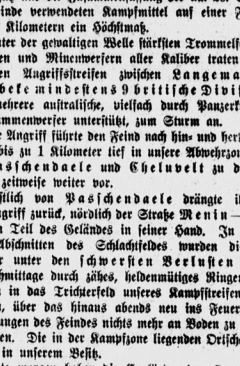
Westlich von Paschendaele drängte ihn unser Gegenangriff zurück, nördlich der Straße Menin—Ypern blieb ein Teil des Geländes in seiner Hand. In allen anderen Abschnitten des Schlachtfeldes wurden die Engländer unter den schwersten Verlusten bis zum Spätnachmittage durch zähes, heldenmütiges Ringen unserer Truppen in das Trichterfeld unseres Kampfstreifens zurückgeworfen, über das hinaus abends neu ins Feuer geführte Verstärkungen des Feindes nichts mehr an Boden zu gewinnen vermochten. Die in der Kampfzone liegenden Ortschaften sind sämtlich in unserem Besitz.

Heute morgen haben die Engländer den Kampf bisher nicht wieder aufgenommen.

Wie in den früheren Schlachten in Flandern haben Führung und Truppen das Höchste geleistet.

Bei den anderen Armeen der Westfront, im Osten und auf dem Balkan keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.



Seekrieg.

Die U-Bootbeute.

Berlin, 20. September 1917. Amtlich.

Im Atlantischen Ozean wurden durch unsere U-Boote wiederum

20 000 Br.-Reg.-To.

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich zwei große bewaffnete Dampfer, sowie ein tiefbeladener Frachtdampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, der aus starker Sicherung herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Mangel an Schiffsraum.

Amsterdam, 20. September. „Times" erfährt aus Sydney, daß in Australien infolge Mangels an Schiffsraum die Vorräte rasch zusammenschrumpfen. Die australische Industrie kann wegen Mangels an Maschinen die Artikel, die früher eingeführt zu werden pflegten, nicht selbst herstellen. Dies hat zur Folge, daß der japanische Handel beständig an Boden gewinnt.

Der bulgarische Bericht.

Sofia, 20. September. Amtlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front: An der Tscherverna Stena und nördlich von Bitolia mäßiges Störungsfeuer. Im Cernabogen zeitweise unterbrochenes, lebhaftes Geschütz- und Minenfeuer. Zwischen Wardar und Doiran ziemlich lebhaftes Artilleriefeuer. Am Nordhang der Krusca Planina wurde eine berittene englische Abteilung in der Nähe des Dorfes Al Duzalif durch Feuer zersprengt. Wir machten einige Gefangene. An der übrigen Front schwache Gefechtstätigkeit.

Rumänische Front: Westlich von Jiaccea spärliches Geschützfeuer.

Der türkische Heeresbericht.

Konstantinopel, 20. September. Amtlicher Bericht.

An der Kaukasusfront sind Unternehmungen stärkerer feindlicher Patrouillen abgewiesen worden. Sonst nichts von Bedeutung.

Wirkung der deutschen Fliegerangriffe.

Bern, 20. September. „Temps" meldet aus Dünkirchen: Die letzten deutschen Fliegerangriffe forderten erneut zahlreiche Opfer, darunter eine ziemlich große Anzahl, französischer, belgischer und englischer Soldaten. Durch eine einzige Bombe wurden acht Personen getötet. Der Platzkommandant hat infolge der großen Opfer an Menschenleben beschlossen, der bedürftigen Bevölkerung die Erlaubnis zu erteilen, das Heeresgebiet zu verlassen. Mehrere Eisenbahnzüge mit Flüchtlingen sind ins Hinterland abgegangen.

Eine neue französische Schandtat gegen deutsche Gefangene.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters W. Scheuermann.)

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, 11. September.

Ein in französische Hände gefallener Offizier, dem es gelungen ist, sich wieder zu seiner Truppe durchzuschlagen, meldet die folgende ungeheuerliche Schandtat, welche die Franzosen bei den letzten Verdunkämpfen verübt haben: Der Offizier war mit seinen Leuten in einem Unterstande in der Gegend des Fossesmaldes gefangen genommen worden. Einzeln wurden sie einem französischen Sergentmajor vorgeführt, der nach kurzem Verhör zu jedem der deutschen Soldaten sagte: „Lauf, Allemand, Donnamnd", wobei er ihnen die Richtung mit der Hand wies. Waren die Gefangenen 10 bis 20 Schritte weit gelaufen, so legte der Sergentmajor sein Gewehr auf sie an, schoß sie von hinten nieder und schlug ein lautes Gelächter an, wenn sie zusammenbrachen. Nachdem er schon vier Gefangene auf diese feige Art ermordet hatte, sagte er zu dem Offizier, der verwundet und waffenlos die Niedermetzelung seiner Leute hatte mitansehen müssen: „Lauf auch, Offizier!" Da riß der Verwundete seinen Waffenrock auf, zeigte dem Sergent-Major die Brust und rief: „Ermorde mich wenigstens von vorn, wenn Du mich ermorden willst." Darauf ließ der Franzose mit verlegenem Grinsen scheinbar von seinem Opfer ab und wandte sich nach einer anderen Richtung. Nachdem der Offizier einige Schritte gegangen war, sah er, wie der Sergent-Major dennoch auf ihn anlegte. Er warf sich sofort nieder. Der Schuß hatte ihm den Oberschenkel durchbohrt. Die Franzosen hielten den Ohnmächtigen für tot und bekümmerten sich nicht weiter um ihn. Als der Offizier wieder zu sich kam, entdeckte er, daß er völlig ausgeplündert war, sogar die Stiefel und die Lebensmittel hatte man ihm abgegeben. Er hatte die Kluglheit, sich noch bis zum Einbruch der Dunkelheit tot zu stellen, worauf es ihm gelang, sich durch die Vorpostenlinie durchzuschlagen und halb nackt, mit drei Verwundungen, wieder bei seinem Truppenteile anzulangen. Auch andere aus französischer Gefangenschaft entronnene Mitkämpfer berichten übereinstimmend, daß die Franzosen die Gefangenen mindestens mißhandelt haben. Die Mannschaften wurden beim Eintreffen an den Sammelstellen geordnet, Offiziere, die sich weigerten, Aussagen zu machen, sind von dem ritterlichen Feind stundenlang in Schweineställe eingesperrt worden.

(Kb.)

Argentinien und Deutschland.

Buenos Aires, 20. September. (Reutermeldung.) Der Senat beschloß beinahe einstimmig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland. Die Entschließung wird jetzt der Deputiertenkammer vorgelegt werden. Die öffentliche Meinung ist stark zugunsten ihrer endgültigen Annahme. (Eine Bestätigung dieser Reutermeldung liegt amtlicherseits nicht vor.)

Buenos Aires, 20. September. (Central News-Meldung.) Der Beschluß des argentinischen Senats, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, wurde mit 23 gegen eine Stimme gefaßt.

Deutschland wurde nicht angegriffen!

Bern, 20. September. „Temps" betrachtet die ministeriellen Erklärungen im Hinblick auf die Wirkung in Deutschland. Mehr als je müsse man in Frankreich wissen, was man wolle. Deutschland wolle auch künftig noch in Belgien einfallen können, wie zuvor. Es wäre gut, wenn das deutsche Volk darüber aufgeklärt würde, daß es nicht angegriffen wurde, denn mit Fälschungen, an die das deutsche Volk seit Jahren glaube, könne man keinen gerechten und dauerhaften Frieden erreichen. Die französische Regierung aber müsse dem deutschen Volke in Erinnerung bringen, daß nur die Wege der Gerechtigkeit zum Frieden führten.

(Das deutsche Volk ist, wie kein anderes, über die wirklichen Hergänge unterrichtet. Es bedarf keiner Aufklärung. Daß der „Temps" seinen Lesern Derartiges vorzusetzen wagen darf, wird nur dadurch möglich, daß das französische Volk von den kritischen Julitagen 1914 an bis heute planmäßig angelogen oder in Unkenntnis der Tatsachen gehalten werden ist. Letzteres ist noch jüngst angesichts der Enthüllungen im Suchomlinow-Prozeß geschehen. Für das französische Volk wird der Tag des Erwachens erst kommen, und es wird für die französischen Machthaber sein angenehmer Tag sein. Das deutsche Volk hat klarblickenden Auges die wahren Zusammenhänge längst erkannt und ist stets in den Stand gesetzt worden, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Wollen die Verbündeten Aufklärungsarbeit leisten, so haben sie in ihren eigenen Ländern eine Riesenaufgabe zu erfüllen, nachdem sie es als Leiter „demokratisch" regierter Völker fertiggebracht haben, über diese eine undurchdringliche Sperre gegen die Wahrheit zu verhängen. Das nennt sich „Freiheit"! D. Red.)

„Die kleinen Staaten müssen verschwinden."

Bukarest, 20. September. Die Zeitung „Lumina" veröffentlicht folgenden sehr bemerkenswerten Brief des Mitgliedes des rumänischen Abgeordnetenhauses Patrascanu über ein Gespräch, das Take Jonescu bei Ausbruch des Weltkrieges mit Sir Edward Grey in London hatte: Herr Direktor! Die in der „Lumina" vom 20. September veröffentlichte Aeußerung Sir Edward Greys gegenüber Take Jonescu ist unvollständig. Sir Edward Grey hat Herrn Take Jonescu gesagt: Die Rumänen sind ein begabtes Volk, ihr Land ist aber schlecht gelegen, da es Rußland im Wege liegt. Sie müssen sich daher damit abfinden, daß es verschwinden wird. Die kleinen Nationen sind übrigens mit der Zivilisation nicht verträglich; sie sind wie Hühneraugen, die man ausschneiden muß. Diese Erklärung wurde mir von einem Minister des Kabinetts Bratianu, dem sie Herr Take Jonescu persönlich mitgeteilt hat, wiederholt, als wir eines Tages zusammen vom Parlament zurückkehrten. Hochachtungsvoll D. D. Patrascanu, Abgeordneter.

Spanische U-Boote.

Madrid, 17. September. (Funkspruch des Vertreters des Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureaus. Verspätet eingetroffen.) „Imparcial" zufolge sind in Tarragona nach 48stündiger Fahrt von Genua in Begleitung eines spanischen Kreuzers die drei in Italien erbauten spanischen U-Boote A 1, A 2 und A 3 eingetroffen. Sie sind Ende 1914 bei der Werft San Giorgio in Spezia bestellt und erbaut worden. Der Preis beträgt je 1 800 000 Franken. Die U-Boote haben Blättermeldungen zufolge 45 m Länge, 4½ m Breite, 3½ m Tiefgang, einen Aktionsradius von 1600 Meilen. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 13 Meilen und die Besatzung je 17 Mann. Nach einer Erklärung des Ministerpräsidenten sind gegenwärtig in Spanien weitere sechs U-Boote im Bau.

Wieder eine italienische Lüge.

Wien, 20. September. Wie die Blätter melden, veröffentlichte „Secolo" vor kurzer Zeit unter dem Titel: „Russische Kriegsgefangene von den Oesterreichern an die italienische Front getrieben" einen Brief, der ihm angeblich von einem Mitkämpfer an der Trentiner Front zugegangen sein soll. In diesem Schreiben wird erzählt, daß die Italiener bei den letzten Kämpfen auch einige Russen zu Gefangenen gemacht hätten, die von den Oesterreichern und Ungarn zur Arbeit bis in die Feuerlinie vorgetrieben worden wären. Die Russen hätten den italienischen Soldaten erzählt, sie seien mit ihrem Schicksal zufrieden, da sie nun von einem Leben voll Leiden und unerhörten Torturen befreit seien. Der barbarische Feind hätte sie in Mißachtung der internationalen Gesetze zur Arbeit bis unter das Feuer der italienischen Artillerie vorgetrieben.

Eine neue Probe des Lügenfeldzuges, den Italien gegen die österreichisch-ungarische Monarchie führt! Diese Nachricht, daß in der österreichisch-ungarischen Armee Kriegsgefangene in rücksichtsloser Weise dem Feuer der gegnerischen Artillerie ausgesetzt wurden, ist natürlich von Anfang bis Ende erlogen. Es wirkt wie Hohn, wenn gerade die Italiener anderen Mißachtung der internationalen Gesetze vorwerfen.

Eine Friedenskundgebung in England.

Bern, 20. September. In Merthyr fand am 16. September eine Friedenskundgebung statt, der der Parlamentarier Trevelyan und Frau Morel beiwohnten. Frau Morel verlas eine von ihrem Ehemann für diese Versammlung vor seiner Inhaftierung aufgesetzte Adresse, in der es heißt, diejenigen, die von einem Siege redeten, hätten nicht erklärt, was sie damit meinten. Sie seien auch außerstande, dieses zu tun, denn zwischen Nationen mit Hunderten von Millionen Angehöriger sei ein Sieg im alten militärischen Sinne ausgeschlossen. — Eine einstimmig angenommene Entschließung forderte die Regierung auf, die Bedingungen bekannt zu geben, unter denen sie zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der russischen Formel bereit sei. Trevelyan verurteilte die Regierung aufs schärfste wegen ihres Vorgehens gegen Morel, der wegen einer technischen Uebertretung zu 6 Monaten Gemeinschaft mit Dieben und Schwindlern verurteilt sei. Das sei nicht britische Gerechtigkeit, sondern ein Akt einer feigen Regierung, ein Akt eines feigen, welschen Premiers. Das Verbrechen Morels sei, daß er „Frieden" gesagt habe, während Lloyd George „Krieg" sagte. Die englische Regierung versperre gestissentlich jede Möglichkeit zum Frieden, verhindere gestissentlich Volksversammlungen im Interesse des Friedens und entfalte gestissentlich den Sinn der bestehenden Bewegungen. Schließlich wurde eine die Regierung zur sofortigen Freilassung Morels auffordernde Entschließung einstimmig angenommen.

Eine englische Stimme gegen Lloyd Georges Optimismus.

Philip Snowden sagt über Lloyd Georges Parlamentsrede über Nahrungsmittelversorgung und U-Bootkrieg vom 16. August in (dem verspätet eingetroffenen) „Labour Leader" vom 23. August: Sowohl hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung wie wegen des U-Bootkrieges verfolgte Lloyd George offenbar den Zweck, eine optimistische Stimmung zu erregen. Es ist aber zweifelhaft, ob die wahren und vollständigen Tatsachen inbetreff der Lebensmittelversorgung den Optimismus des Premierministers rechtfertigen. Man darf diese Frage nicht nur vom Standpunkte Englands aus betrachten. Es ist eine internationale Frage, und Lloyd George gab zu, daß, wie alle Kenner der Tatsachen wissen, die Aussichten für das nächste Jahr international betrachtet sehr unbefriedigend sind. Die Welternteaussichten versprechen sehr wenig, und es sicher, daß ein sehr erheblicher Mangel herrschen wird. Das wird unsere Nahrungsmittelversorgung schwer treffen. Lloyd George ist wieder einmal zu spät gekommen. Die Staatsmänner des Verbandes haben niemals diese Ernährungsfrage als eine gemeinsame Angelegenheit des ganzen Verbandes betrachtet. Tritt Hungersnot bei einem Verbandsgenossen ein, so bedeutet sie das Unheil für alle.

Genau so optimistisch zeigte sich der Premier wegen des U-Bootkrieges, aber die Tatsachen, auf die er sich berief, rechtfertigen seine Schlußfolgerungen nicht. Die Berechnungen dürfen vernünftigerweise nicht auf die Verluste in einem begrenzten Zeitraum gegründet werden. Diese schwanken von Monat zu Monat, und selbst nach Lloyd Georges eigenen Darlegungen haben wir seit Jahresbeginn etwa 2 Millionen Tonnen verloren. Wohl sind einige Neubauten an die Stelle getreten, aber es wäre Torheit, den Ernst der Lage gering zu achten. Nicht nur auf die Lebensmittelversorgung hat dieser Verlust an Schiffsraum Einfluß. Er hat die Beschneidung vom viel Ozeanverkehr auf große Strecken nötig gemacht, und das ist von unheilvollen Folgen für die Industriezweige, die mit dem fernen Osten und anderen entfernten Gegenden Handel trieben.

Lloyd Georges Optimismus ist wahrscheinlich vorsätzlicher Natur und wird zu bestimmten Zwecken zur Schau getragen. Es kann sehr wohl sein, daß es geschieht, um Friedensverhandlungen den Weg zu bahnen. Die Absicht kann sein, den Mittelmächten den Eindruck zu geben, daß die Verbandsmächte noch stark an Hilfskräften und in der Verteidigung unerschütterlich sind. So sehr es auch wahrscheinlich, denn so ernst auch die Lage sei, sowohl wegen der Lebensmittelversorgung wie wegen des Schiffsraums, so sei sie doch nicht ernst genug, um dem Feinde das Recht zu der Hoffnung zu geben, daß er England zur Uebergabe aus beiden oder einem dieser Gründe zwingen könne.

Zweiter Nachtrag zum Reichshaushaltsetat 1917.

Dem Reichstag ist ein zweiter Nachtrag zum Reichshaushalt 1917 zugegangen. Darin werden gefordert für Reichskanzler und Reichskanzlei 25 000 M. Die Erläuterungen dazu besagen:

Die im Kriege eingetretene Steigerung der Dienstgeschäfte hat eine wirksamere Entlastung und Unterstützung des Reichskanzlers zur Notwendigkeit gemacht. Zur Erreichung dieses Zieles wird beabsichtigt, die Obliegenheiten der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers gemäß § 2 des Gesetzes vom 17. Mai 1878 (Reichs-Gesetzbl. S. 7), die bisher dem Staatssekretär des Innern übertragen waren, zu einem selbständigen Amte auszugestalten. Der von sonstiger Messorttätigkeit freie Stellvertreter des Reichskanzlers wird dann seine Arbeitskraft ganz den besonderen Aufgaben widmen können, welche die Vorbereitung und Durchführung der Friedensverhandlungen sowie die mit dem Kriege und mit der Ueberleitung in den Friedenszustand zusammenhängenden politischen und wirtschaftlichen Fragen stellen werden.

Für das Reichsamt des Innern werden 7750 M angefordert, die sich zusammensetzen aus einem Weniger von 3000 M für das Gehalt des Staatssekretärs (das Jahresgehalt soll künftig 30 000 M statt wie bisher 36 000 M betragen) und einem Mehr von 750 M als Funktionszulage für einen mit der Wahrnehmung von Ministerialgeschäften beauftragten Vortragenden Rat und 10 000 M Miteuerungsentschädigung für den Staatssekretär (für ein halbes Jahr). In den Erläuterungen heißt es:

Die Entwicklung, die das Reichsamt des Innern genommen hat, läßt seine Teilung durch Abweichung eines Reichswirtschaftsamts als erforderlich erscheinen. Von dem bisherigen Reichsamt des Innern sollen auf das Reichswirtschaftsamt übergehen die Abteilungen für Sozialpolitik und für Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die die Schiffahrt und die Fischerei betreffenden Angelegenheiten; für den Aufgabenkreis des Patentamts ist die Ueberweisung an das Reichsjustizamt beabsichtigt. Da sich eine sofortige vollständige Trennung nicht durchführen läßt, erscheint es zweckmäßig, nur die für die leitenden Stellen bei beiden Aemtern erforderlichen höheren Aufgaben durch den Nachtragsetat, und zwar für das Reichswirtschaftsamt gleichfalls durch den des Reichsamts des Innern, anzufordern, im übrigen (z. B. zum Anlauf des Rechnungsjahrs 1917 die Ausgaben für den gesamten bisherigen Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern aus Fonds des Reichsamts des Innern — gegebenenfalls unter ihrer Uebertschreitung — zu bestreiten. Vorläufig getrennte Etats für beide Aemter sollen erstmalig für das Rechnungsjahr 1918 vorgelegt werden.

An leitenden Stellen sind notwendig:

für das Reichsamt des Innern:
1 Staatssekretär, 1 Unterstaatssekretär, 1 Direktor, 1 Dirigent;

für das Reichswirtschaftsamt:
1 Staatssekretär, 2 Unterstaatssekretäre, 3 Direktoren, 1 Dirigent.

Für das Reichswirtschaftsamt sind 43 800 Mark ausgeworfen. Hierzu die Erläuterung:

Unter Berücksichtigung der beim bisherigen Reichsamt des Innern vorhandenen etatsmäßigen Stellen sind hiernach neu anzuordnen die Mittel für die Stellengehälter für 1 Staatssekretär und 1 Unterstaatssekretär, zu Funktionszulagen für 2 mit der Wahrnehmung von Direktorialgeschäften zu beauftragende vortragende Räte sowie zu Mietentschädigungen für 2 Staatssekretäre.

Auf die beigefügte Denkschrift kommen wir noch zurück.

Es folgt die Reichs-Justizverwaltung mit einer Nachforderung in Höhe von 11 050 M. In den Erläuterungen wird ausgeführt:

Das Reichs-Justizamt, das als selbständige oberste Reichsbehörde aus dem vormaligen Reichskanzleramt abgezweigt worden und am 1. Januar 1877 in Wirksamkeit getreten ist, war damals neben dem Staatssekretär mit 1 Direktor, 4 vortragenden Räten und 2 ständigen Hilfsarbeitern besetzt. Die in der Folge eingetretene Steigerung der Arbeiten des Amtes, bei dem die Zahl der zu bearbeitenden Eingänge von 4767 im Jahre 1877 auf 7428 im Jahre 1913 angewachsen war und im Jahre 1916 über 10 000 hinausgegangen ist, hat allmählich eine Vermehrung der Kräfte bedingt erfordert, daß sich beim Rechnungsjahr 1914 die Zahl der vortragenden Räte 10 beträgt, neben denen bei Kriegsausbruch weitere 6 höhere Beamte als Hilfsarbeiter tätig waren. Die Geschäfte des Amtes erstrecken sich auf sämtliche Zweige der Rechtspflege und sollen demnächst noch den Aufgabenkreis des Patentamts umfassen; zu den eigenen Aufgaben kommt in ständig wachsendem Maße eine in vielen Fällen vorübergehende Mitwirkung bei den Arbeiten anderer Ressorts. Bei dem Umfang, den hiernach die neben der Vertretung des Staatssekretärs die gesamte Leitung im einzelnen in sich schließenden Obliegenheiten des Direktors erreicht haben, erscheint es nicht länger aufschiebbar, eine Aenderung in der bestehenden Einrichtung dahin zu treffen, daß die Geschäfte fortan in Abteilungen erledigt werden. Dem Umfang und der Bedeutung, die jede der zu bildenden zwei Abteilungen schon nach den derzeitigen Verhältnissen hat und angesichts der auf allen Rechtsgebieten vorliegenden Aufgaben dauernd behalten wird, entspricht es, zu dem gedachten Zwecke eine zweite Direktorstelle zu schaffen. Zur Wahrung der bei dem unlöslichen inneren Zusammenhang und dem engen Ineinandergreifen aller Rechtsmaterien ganz besonders wichtigen Einheitlichkeit in der oberen Leitung wird dem einen der beiden Direktoren, dem auch die Vertretung des Staatssekretärs obliegen wird, die Stellung eines Unterstaatssekretärs zu geben sein. Die so eintretende Aenderung entspricht den Einrichtungen, wie sie in den andern obersten Reichsbehörden bestehen.

Das Reichsschatzamt tritt mit einer Anforderung von 51 570 M auf. Den Erläuterungen entnehmen wir folgendes:

Die Mehrbelastung des Reichsschatzamts mit Aufgaben, die durch die Kriegsfinanzierung bedingt sind, sowie mit den Vorarbeiten für die demnächstige Finanzgesetzgebung nach dem Kriege haben es notwendig gemacht, der 3. Abteilung des Schatzamts, in der ein wesentlicher Teil der Steuergesetzgebung bearbeitet wird, einen besonderen Leiter zu geben. Für diesen soll mit Rücksicht auf die ihm für seinen Geschäftsbereich zweckmäßig zu übertragende Stellvertretung des Staatssekretärs die Stelle eines Unterstaatssekretärs geschaffen werden.

Die kriegswirtschaftlichen Angelegenheiten, die in den ersten Zeiten des Krieges von der 1. Abteilung des Schatzamts miterledigt wurden, haben einen derartigen Umfang angenommen, daß für sie eine besondere — 4. — Abteilung hat errichtet werden müssen. Die weitere Bewirtschaftung schon entstandener und die Erschließung neuer Einnahmequellen macht die Beibehaltung dieser Abteilung auch nach dem Kriege notwendig. Daher ist die Stelle eines Direktors für sie vorgesehen.

Infolge der Vermehrung der Aufgaben der 3. und des Hinzutritts der 4. Abteilung ist der Zugang von 4 Stellen für vortragende Räte erforderlich.

Für die ordnungsmäßige Ausführung der dem Schatzamt zugefallenen bauernden Mehraufgaben ist auch die Neuschaffung von 6 Stellen für expedierende Sekretäre und Kalkulatoren sowie Registratoren unerläßlich.

Sämtliche Ansätze sind für die Zeit vom 1. Oktober ab, also für ein halbes Jahr berechnet.

Schließlich ist der Etat der Reichsschuld mit einer Minderausgabe von 139 170 M vertreten. Der Titel bezieht sich auf die Verzinsung der zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse aufgenommenen Mittel.

Gegen die Pazifisten in England.

Rotterdam, 20. September. Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen" empfiehlt die „Daily Mail", den Pazifisten in England, die Ausbrüche hervorrufen und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die militärische Dienstpflicht ermuntern, die